

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 318/2015
Kiel, Donnerstag, 27. August 2015

Bildung/Ernst-Bilanz

Anita Klahn: Fehler der Vergangenheit fallen dem Bildungsministerium jetzt vor die Füße

Zur heutigen Bilanz von Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Ministerin Britta Ernst (SPD) ist sichtlich bemüht, nach dem quälenden ‚Wende-Chaos‘ Ruhe in die schleswig-holsteinische Bildungslandschaft zu bringen. Allerdings kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die jetzige Bildungsministerin viele Unsinnigkeiten und Fehler ihrer Vorgängerin unverändert übernommen hat. Neben dem vollkommen unausgegorenen Inklusionskonzept fällt uns jetzt die Einrichtung von bildungspolitisch kontraproduktiven Mini-Oberstufen an Gemeinschaftsschulen – die unverhältnismäßig viele personelle Ressourcen bindet – vor die Füße. Im Angesicht der steigenden Flüchtlingszahlen hat das Land hier leider weniger eigene Kapazitäten, um eine angemessene, flächendeckende Beschulung auch der Flüchtlingskinder vornehmen zu können.

Denn wenn – wie die Ministerin berichtet – die 240 mit Bundesmitteln befristet finanzierten Lehrerstellen eigentlich für 20.000 Flüchtlinge berechnet waren, wir aber mittlerweile von 25.000 Flüchtlingen für 2015 ausgehen, dann haben wir rechnerisch eine Lücke von landesweit ca. 60 Lehrern, um dieser Herausforderung wirksam begegnen zu können. Die Landesregierung muss hier schnellstmöglich Klarheit schaffen, wie sie bildungspolitisch und personell auf den erwarteten langfristigen Flüchtlingszustrom reagieren will.

Eine weitere Erkenntnis der Pressekonferenz von Bildungsministerin Ernst war: Das Gastschulabkommen im Sinne des rot-grün-blauen Koalitionsvertrages ist tot. Mit der Ankündigung, andere Themen stünden höher auf ihrer Prioritätenliste hat sich die Ministerin jetzt klar vom Koalitionsvertrag in dieser Frage distanziert. Die vollmundigen Erklärungen, insbesondere von der grünen Abgeordneten Ines Strehlau, man wolle die freie Schulwahl in dieser Legislaturperiode umsetzen, waren also nichts anderes als heiße Luft.“